



Der Staat muss sich wieder auf seine subsidiäre Rolle zur Sicherung der Daseinsvorsorge rückbesinnen und stabile Rahmenbedingungen für ein freiberufliches Gesundheitswesen gewährleisten. Foto: dpa

Konzepte für morgen

Die Bundestagswahl ist gelaufen, und nun beobachten wir gespannt, welche gesundheitspolitischen Konzepte sich in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen werden. Anfang September habe ich die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien in einem Brief darauf aufmerksam gemacht, dass eine offene, ehrliche Diskussion über die Zukunft unserer medizinischen Versorgung ansteht.

In den zurückliegenden Wochen ist für ein breites Publikum erneut deutlich zutage getreten, dass Diskreditierung und Trivialisierung ärztlicher Tätigkeit zu einer großen Belastung des Patient-Arzt-Verhältnisses geworden sind. Die zunehmende Zentralisierung und Verstaatlichung der Strukturen des Gesundheitswesens einerseits und die Kommerzialisierung und übertriebene Wettbewerbsorientierung bei den Gesundheitsberufen andererseits haben die bisherige Vertrauenskultur in unserem Gesundheitswesen nachhaltig geschädigt.

Das Klima des Misstrauens ist – neben den Arbeitsbedingungen in Klinik und Praxis – eine Ursache dafür, dass der Arztberuf im Vergleich zu anderen Arbeitsfeldern an Attraktivität verloren hat. Immer mehr ausgebildete Mediziner entscheiden sich gegen eine kurative ärztliche Tätigkeit und wandern in alternative Berufsfelder oder ins Ausland ab. Das kann so nicht weitergehen. Die Rahmenbedingungen für den Arztberuf müssen endlich so gestaltet werden, dass die angehenden Ärztinnen und Ärzte in der Betreuung und Behandlung von Patienten wieder ihre Berufung finden.

Von entscheidender Bedeutung für eine gute Zukunft unseres Gesundheitswesens ist es, den Arztberuf als Freien Beruf zu stärken. Ärztliche Unabhängigkeit und Therapiefreiheit dürfen nicht länger in Frage gestellt werden. Patienten erwarten zu Recht, dass Ärzte sich ganz persönlich für ihre gesundheitlichen Belange einsetzen. Dieses Vertrauen darf nicht weiter zerstört werden, weder durch das ökonomische Diktat

in der Gesundheitsversorgung noch durch eine kollektive Desavouierung der Ärzteschaft.

Mit dem Gedanken der Freiberuflichkeit untrennbar verbunden ist die berufliche Selbstverwaltung als freiheitliches Organisationsprinzip. Die Gesundheitsreformen der letzten Jahre haben sukzessive zu einer teils verdeckten, teils offenen Destabilisierung der ärztlichen Selbstverwaltung geführt. Eine handlungsfähige ärztliche Selbstverwaltung aber ist der entscheidende Faktor, um Qualität und Professionalität des Arztberufes und damit auch eine gute Patientenversorgung dauerhaft zu sichern.

Deshalb auch muss die Definitionskompetenz für die medizinische Versorgung und Behandlung bei den Ärztinnen und Ärzten liegen. Der Staat muss sich wieder auf seine subsidiäre Rolle zur Sicherung der Daseinsvorsorge rückbesinnen und stabile Rahmenbedingungen für ein freiberufliches Gesundheitswesen gewährleisten, statt durch immer mehr Bürokratie die medizinische Versorgung zu blockieren. Die Selbstverwaltung braucht wieder mehr Gestaltungsspielraum.

Last but not least hat die künftige Regierung die Frage zu beantworten, wie in einer älter werdenden Gesellschaft mit steigendem Versorgungs- und Finanzierungsbedarf eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung dauerhaft sichergestellt werden kann. Das finanzielle Korsett um die Medizin immer enger zu schnüren, aber gleichzeitig ein allumfassendes Leistungsversprechen abzugeben – das bedeutet, Patienten und Ärzten die unzumutbare heimliche Rationierung weiter zuzumuten. Stattdessen ist es an der Zeit, ein geordnetes und transparentes Verfahren zu entwickeln, nach dem die Finanzmittel, wenn sie denn schon so knapp bemessen werden, wenigstens gerecht verteilt werden.

Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesarztekammer und
der Ärztekammer Nordrhein